



Bebauungsplan Nr. 4.9

„Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“,

1. Änderung

(Vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB)

- Entwurf -

- Auslegungsexemplar -

Präambel

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie des § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG), hat der Rat der Stadt Haselünne den Bebauungsplan Nr. 4.9 „Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“, 1. Änderung, als Satzung und die Begründung beschlossen.

Haselünne, den

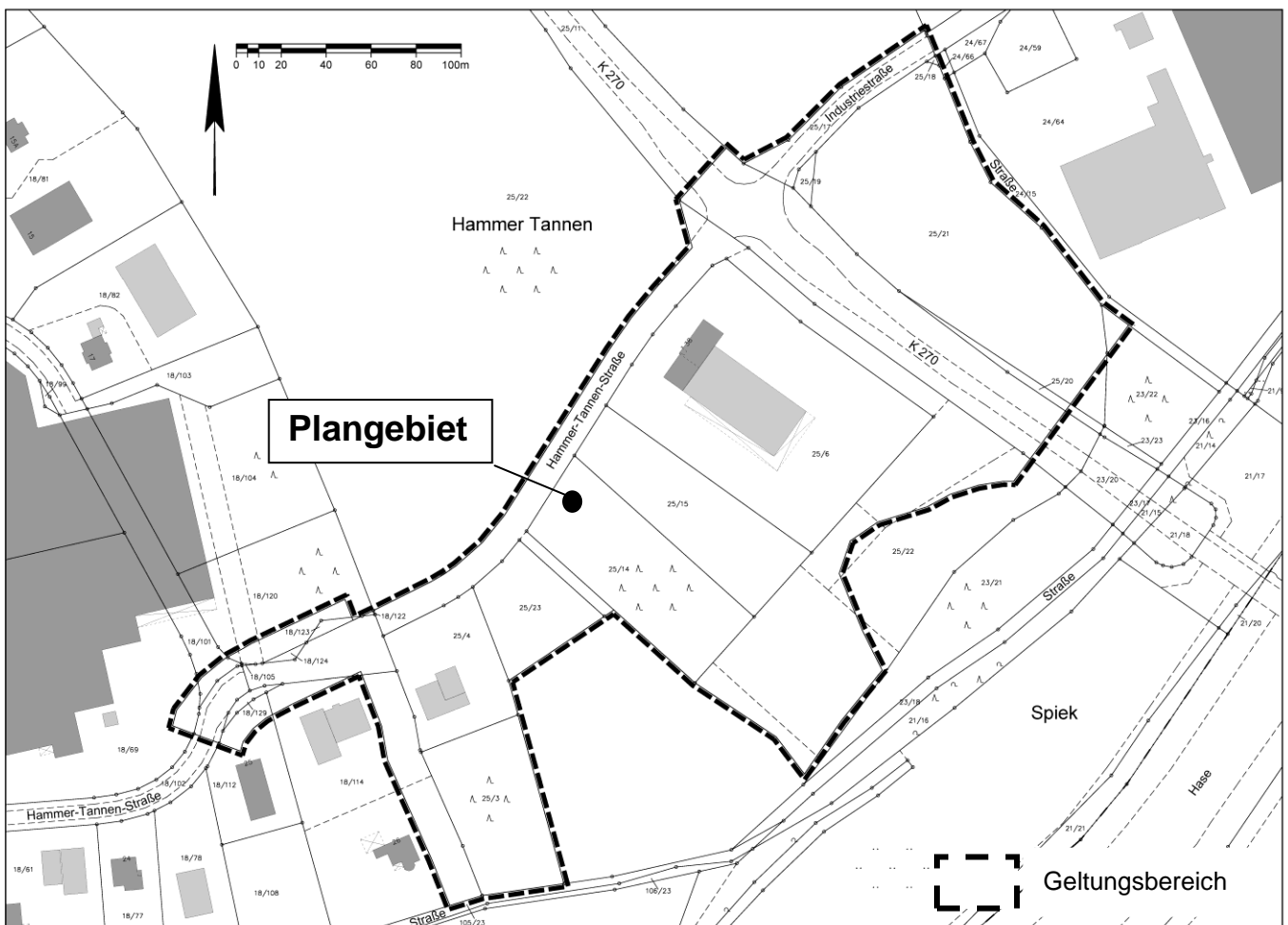
Bürgermeister

Planungsrechtliche Festsetzungen

§ 1 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 4.9 „Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“, 1. Änderung, umfasst den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 4.4 „Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“. Er wird im Nordwesten durch den nordwestlichen Rand der Hammer-Tannen- und Industriestraße, im Nordosten durch den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 4 „Industriegebiet Hammer Tannen“, im Südosten durch den Uferbereich der Hase und im Westen durch die bestehende Bebauung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 16.4 „Industriegebiet Hammer Tannen II, Neufassung“ begrenzt.

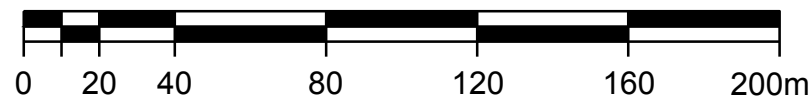
Die Lage des Geltungsbereiches geht aus der nachfolgenden Übersichtskarte hervor.



© 2013



Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten des Landesamtes für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen



© 2013



M. 1 : 2000

Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten des Landesamtes für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen



25/8
Λ Λ Λ
Λ Λ Λ
Λ Λ Λ

25/22
Hammer Tannen
Λ Λ
Λ Λ Λ
Λ Λ

GI	
9,0	0,8
max. H.=18,0m	

9,0	0,8
max. H.=18,0m	

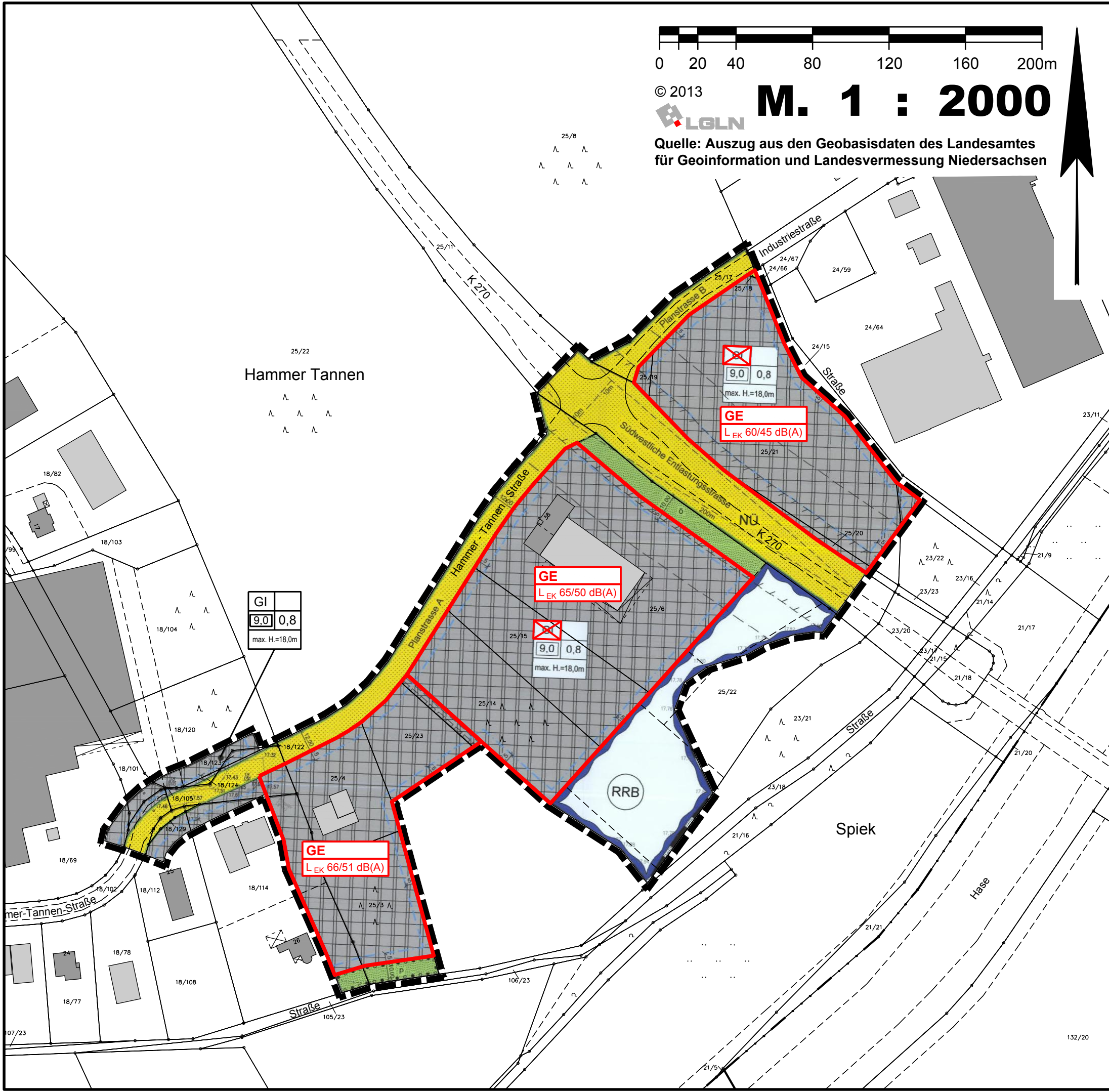
GE
L_{EK} 65/50 dB(A)

9,0	0,8
max. H.=18,0m	

GE
L_{EK} 66/51 dB(A)

GE
L_{EK} 60/45 dB(A)

RRB



Zeichenerklärung:

- GE** Gewerbegebiet (sh. Fests. § 2)
- 60/45 dB(A)/qm** **L_{EK}** Emissionskontingente (maximal zulässiger immissionswirksamer flächenbezogener Schalleistungspegel tags / nachts gemessen in dB(A)/qm (gemäß DIN 45691)) (sh. Fests. § 3)
- Abgrenzung Flächen unterschiedlicher Emissionskontingente
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

Hinweis:

Die übrigen Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 4.4 "Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung" bleiben vom Bebauungsplan Nr. 4.9 unberührt.

STADT HASELÜNNE
Rathausplatz 1
49740 Haselünne
Stand: 14.10.2021

Bebauungsplan Nr. 4.9
" Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung "
1. Änderung
der Stadt Haselünne
(Vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB)

<p>BÜRO FÜR STADTPLANUNG GIESELMANN UND MÜLLER GMBH</p> <p>Raumordnung • Städtebau • Bauleitplanung Vorhaben- und Erschließungspläne • Umweltprüfung</p>	<p>Raddeweg 8 49757 Werlte Tel.: (05951) 95 10 12 Fax.: (05951) 95 10 20 e-mail: j.mueller@bfs-werlte.de</p>
--	--

§ 2 Art der baulichen Nutzung

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 4.9 „Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“, 1. Änderung, wird die Art der baulichen Nutzung (§ 1 (2) BauNVO) in den gekennzeichneten Bereichen von Industriegebiet (GI) in Gewerbegebiet (GE) geändert.

§ 3 Nutzungen im Gewerbegebiet (GE)

Im Gewerbegebiet (GE) sind nur Vorhaben (Betriebe und Anlagen) zulässig, deren Geräusche die in der Planzeichnung angegebenen Emissionskontingente L_{EK} - bezogen auf die nächstgelegene Wohnbebauung (Immissionsorte) - nach DIN 45691 weder tags (6:00 - 22:00 Uhr) noch nachts (22:00 - 6:00 Uhr) überschreiten.

Die Prüfung der Einhaltung erfolgt im Hinblick auf die Immissionsorte nach der DIN 45691, Abschnitt 5 (Dez. 2006).

Bezugsfläche für die Berechnung sind die überbaubaren und nicht überbaubaren Grundstücksflächen im festgesetzten Gewerbegebiet.

Auf Verlangen der zuständigen Immissionsschutzbehörde ist die Einhaltung der festgesetzten Emissionskontingente im jeweiligen Anlagenzulassungsverfahren durch sachverständige Beurteilung (Schalltechnische Prognose) nachzuweisen.

§ 4 Übrige Festsetzungen

Die übrigen Festsetzungen des ursprünglichen Bebauungsplanes Nr. 4.4 "Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung" bleiben unberührt.

Hinweis

Verordnungen, Erlasse, Normen und Richtlinien

Die den Festsetzungen zugrunde liegenden Vorschriften (Verordnungen, Erlasse, Normen oder Richtlinien), können zu den üblichen Öffnungszeiten bei der Stadt Haselünne (Rathausplatz 1, 49740 Haselünne) eingesehen werden.

Risikogebiet (Hochwasser extrem, HQ extrem) gemäß § 78 b Wasserhaushaltsgesetz (WHG)

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt zum Teil in einem Risikogebiet außerhalb von Überschwemmungsgebieten i. S. d. § 78 b WHG.

Verfahrensvermerke:

Der Entwurf der Bebauungsplanänderung wurde ausgearbeitet durch das

Büro für Stadtplanung

Gieselmann und Müller GmbH
Raddeweg 8
49757 Werlte

Werlte, den

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Haselünne hat in seiner Sitzung am die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 4.9 „Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“, 1. vereinfachte Änderung, beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 BauGB am ortsüblich bekannt gemacht worden.

Haselünne, den
Bürgermeister

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Haselünne hat in seiner Sitzung am dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 4.9 „Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“, 1. vereinfachte Änderung, und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekannt gemacht. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass bei der Beteiligung gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB von einer Umweltprüfung abgesehen wird. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom bis gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Haselünne, den
Bürgermeister

Der Rat der Stadt Haselünne hat den Bebauungsplan Nr. 4.9 „Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“, 1. vereinfachte Änderung, nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

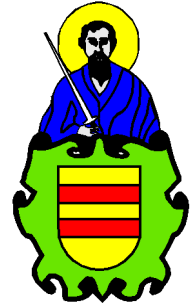
Haselünne, den
Bürgermeister

Im Amtsblatt des Landkreises Emsland ist gemäß § 10 BauGB am bekannt gemacht worden, dass die Stadt Haselünne diesen Bebauungsplan Nr. 4.9 „Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“, 1. Änderung beschlossen hat. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Haselünne, den
Bürgermeister

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Verletzungen von Vorschriften gemäß § 215 BauGB in Verbindung mit § 214 Abs. 1-3 BauGB gegenüber der Stadt nicht geltend gemacht worden.

Haselünne, den
Bürgermeister

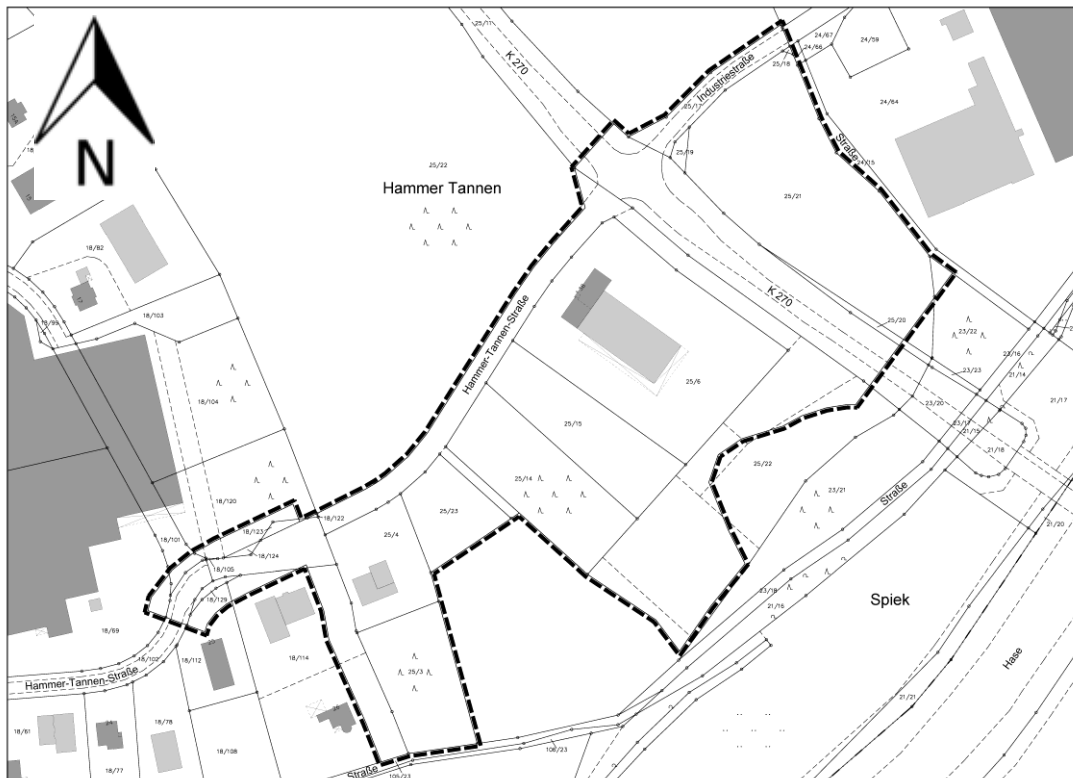


**Begründung
zum Bebauungsplan Nr. 4.9
„Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“
1. Änderung**

(Vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB)

- Entwurf -

- Auslegungsexemplar -



Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Nds. Vermessungs- und Katasterverwaltung

Büro für Stadtplanung

Gieselmann und Müller GmbH
Raddeweg 8
49757 Werlte
Tel.: 05951 951012
Fax: 05951 951020
e-mail: j.mueller@bfs-werlte.de

Inhalt	Seite
1 LAGE UND ABGRENZUNG DES GEBIETES	2
2 PLANUNGSZIELE UND VORGABEN	2
2.1 PLANUNGSANLASS UND ERFORDERNIS	2
2.2 VEREINFACHTES VERFAHREN	3
2.3 VORBEREITENDE BAULEITPLANUNG - FLÄCHENNUTZUNGSPLAN	9
2.4 ÖRTLICHE GEGEBENHEITEN UND BESTEHENDE FESTSETZUNGEN.....	9
2.5 IMMISSIONSSITUATION (ANLAGE 1 ERGEBNISBRIEF)	10
3 GEPLANTE FESTSETZUNGEN	11
3.1 NUTZUNGEN IM INDUSTRIEGEBIET	11
3.2 ÜBRIGE FESTSETZUNGEN UND HINWEISE	12
4 AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG	12
4.1 AUSWIRKUNGEN AUF BESTEHENDE NUTZUNGEN	12
4.2 AUSWIRKUNGEN AUF BENACHBARTE WOHNNUTZUNGEN.....	13
4.3 NATUR UND LANDSCHAFT	13
5 ERSCHLIEßUNG / VER- UND ENTSORGUNG	14
6 HINWEISE	14
7 VERFAHREN	15
ANLAGE	15

1 Lage und Abgrenzung des Gebietes

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 4.9 "Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“, 1. Änderung, befindet sich im südwestlichen Stadtgebiet von Haselünne, westlich der Kreisstraße 270 (K270) und nördlich des Flusslaufs der Hase und betrifft den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 4.4 „Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“.

Die genaue Lage und Abgrenzung des Plangebietes ergibt sich aus der Satzung.

2 Planungsziele und Vorgaben

2.1 Planungsanlass und Erfordernis

Der Bebauungsplan Nr. 4.4 ist Bestandteil des Industriestandortes „Hammer Tannen“ der Stadt Haselünne, der sich im südwestlichen Stadtgebiet beidseitig der Kreisstraße 270 entwickelt hat. Neben der guten gewerblichen Entwicklung hat sich in Haselünne auch das Wohnbauland sukzessive erweitert. Die bisher positiven Entwicklungen haben dazu geführt, dass auch weiterhin ein Bedarf an Wohnbauland vorhanden ist. Eine mögliche Fläche für eine derartige Entwicklung befindet sich in ca. 320 m Entfernung nordöstlich des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 4.4 „Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“.

Im Bebauungsplan Nr. 4.4, rechtskräftig seit dem 31.08.2009, wurde seinerzeit ein Industriegebiet ausgewiesen. Industriegebiete dienen ausschließlich der Unterbringung von Gewerbebetrieben, und zwar vorwiegend solcher Betriebe,

die in anderen Baugebieten unzulässig sind. Zur Prüfung, ob ein allgemeines Wohngebiet auf den nordöstlich des Geltungsbereichs liegenden Flächen umgesetzt werden kann, hat die Stadt beschlossen, eine detaillierte schalltechnische Aufnahme aller relevanten Gewerbebetriebe vorzunehmen. Dabei wurden auch die realistischen Entwicklungsabsichten der Betriebe berücksichtigt. Auf der Grundlage dieser Daten wurde eine Schallausbreitungsberechnung vorgenommen mit dem Ergebnis, dass nördlich der Straße „Am Wall“ ein allgemeines Wohngebiet entwickelt werden kann. Um sowohl die Wohnbauentwicklung als auch die gewerbliche Situation planungsrechtlich abzusichern, ist es erforderlich, die der Berechnung zu Grunde gelegten Schallimmissionen als Emissionskontingente im Plangebiet festzusetzen.

Im Plangebiet sind im Bestand Betriebe vorhanden, die auch in einem Gewerbegebiet zulässig wären. Aufgrund des Störgrades der Betriebe, der eher als nicht erheblich bewertet werden kann, soll die Art der Nutzung von Industriegebiet (GI) in Gewerbegebiet (GE) geändert werden.

Aus den vorgenannten Gründen soll der bestehende rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 4.4 geändert werden. Diese Änderung wird mit der nun vorliegenden Satzung als Bebauungsplan Nr. 4.9 „Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“, 1. Änderung, im vereinfachten Verfahren durchgeführt.

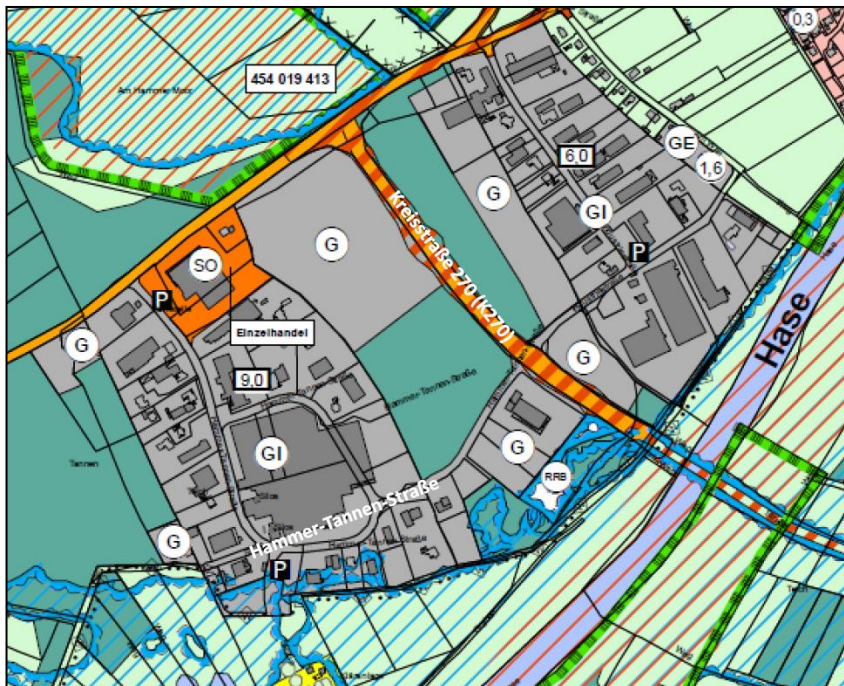
2.2 Vereinfachtes Verfahren

Gemäß § 13 BauGB kann die Stadt eine Änderung oder Ergänzung eines Bauleitplanes im vereinfachten Verfahren durchführen, sofern

- durch die Planänderung die Grundzüge der Planung nicht berührt werden,
- die Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen, nicht vorbereitet oder begründet wird und
- keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 (6) Nr. 7 b des BauGB genannten Schutzgüter bestehen.

Die vorliegende Planänderung umfasst den Geltungsbereich des ursprünglichen Bebauungsplanes mit einer Größe von ca. 5,6 ha und einer zulässigen Grundfläche von knapp 3 ha. Mit der 1. Änderung sollen für die Flächen des Industriegebietes unter Berücksichtigung der bestehenden Nutzungen Begrenzungen der zulässigen Lärmemissionen vorgenommen werden. Außerdem soll die Art der Nutzung von GI in GE geändert werden.

Der wirksame Flächennutzungsplan Stadt Haselünne weist für den Bereich Hammer-Tannen gewerbliche Bauflächen und Industriegebiete aus.



(Ausschnitt aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Haselünne)

Planerischer Wille und Leitgedanke der Stadt Haselünne ist daher eine gewerbliche Nutzung des Gebietes mit Gewerbe- und Industriegebieten. Im Rahmen der konkreten Bauleitplanung wurden daher als Art der baulichen Nutzung beidseitig der Kreisstraße 270 (K 270) Industriegebiete (GI) ausgewiesen. Tatsächlich hat sich aufgrund der angesiedelten Nutzungen nur westlich der K 270, nördlich der Hammer-Tannen-Straße, ein Industriegebiet entwickelt. Die übrigen Betriebe entsprechen der Nutzung eines Gewerbegebietes. Die konkrete Gebietsfestsetzung als GI im Bebauungsplan Nr. 4.4 passt daher nicht mehr zur tatsächlichen Nutzung. Im wirksamen Flächennutzungsplan ist dieser Bereich als gewerbliche Baufläche ausgewiesen. Aus diesem Grund und weil der Leitgedanke, das Gesamtgebiet beidseitig der K 270 gewerblich zu entwickeln, weiterhin Bestand hat, werden durch die Änderung der Art der baulichen Nutzung von GI in GE die Grundzüge der Planung nicht betroffen.

Auch die Festsetzung der Emissionskontingente unter Berücksichtigung der bestehenden Nutzungen betrifft nicht die Grundzüge der Planung. Diese Einschränkungen ergeben sich bereits heute durch die bestehende Wohnbebauung an den Straßen „Am Wall“ und „Am Pallat“.

Die Lage sowie das Maß der baulichen Nutzung werden nicht verändert. Damit bleiben das grundsätzliche Planungskonzept und die Grundzüge des Bebauungsplanes Nr. 4.4 unberührt.

Der Bebauungsplan Nr. 4.4 diente dem Bau einer Industriezone nach Nr. 18.5 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG). Die vorliegende Planung dient der Änderung dieses Bebauungsplanes, d.h. sie liegt nicht im Außenbereich sondern in einem sonstigen Gebiet im Sinne der Nr. 18.8 der Anlage 1 zum UVPG (bestehender Bebauungsplan). Es kann damit im Rahmen einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls festgestellt werden, ob für die vorliegend geplante Änderung eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich wird oder nicht.

Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 7 des UVPG

Im Folgenden wird untersucht, ob im vorliegenden Fall eine UVP-Pflicht im Einzelfall besteht. Nach § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist bei der Vorprüfung auch zu berücksichtigen, inwieweit Umweltauswirkungen durch die vom Träger des Vorhabens vorgesehenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen offensichtlich ausgeschlossen werden können.

Angaben zur Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.03.2021

1 Merkmale des Vorhabens		
1.1	Größe des Vorhabens	Das Gebiet ist bereits bisher als Industriegebiet mit einer Gesamtfläche von ca. 5,6 ha festgesetzt. Es ist vollständig erschlossen und bebaut.
1.2	Zusammenwirken mit anderen bestehen oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten	Das Gebiet wirkt mit weiteren angrenzenden Gewerbe- und Industriegebietsflächen zusammen.
1.3	Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	Die Flächen sind vollständig erschlossen und bebaut. Die geplante Änderung des Bebauungsplanes hat keine Auswirkungen auf die grundsätzliche Nutzung und Gestaltung von Fläche, Wasser, Boden, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt.
1.4	Abfallerzeugung	Die Änderung hat keine Auswirkungen auf die Abfallerzeugung.
1.5	Umweltverschmutzung und Belästigung	Für das bestehende Industriegebiet mit einer Fläche von ca. 5,6 ha werden die zulässigen Lärmimmissionen neu geregelt. Auf Grundlage eines Lärmgutachtens werden für eine Baufläche östlich der K 270, angepasst an den bestehenden Betrieb, Lärmemissionskontingente festgesetzt. Den Betrieben westlich der K 270 werden nutzungstypische Pauschalkontingente zugeordnet. Da die Änderung ausschließlich die zulässigen Lärmemissionen betrifft, werden andere Immissionen (Luftschadstoffe, Staub, Licht oder Erschütterung) nicht berührt. Allerdings wird die Art der baulichen Nutzung von GI in GE geändert, so dass auch bezüglich dieser Immissionen der zulässige Störgrad geringer ausfallen dürfte.
1.6	Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf: verwendete Stoffe und Technologien, die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nummer 7 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des an-	Die Änderung hat keine Auswirkungen auf mögliche Unfallrisiken. Störfallbetriebe sind im Plangebiet nicht vorhanden.

	gemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes.	
1.7	Risiken für die menschliche Gesundheit, z. B. durch Verunreinigung von Wasser oder Luft.	Die Änderung hat in der Weise Auswirkung für die menschliche Gesundheit, dass die Lärmemissionen den gesetzlichen Vorgaben entsprechend festgesetzt werden.

2 Standort des Vorhabens		Empfindlichkeit je Kriterium:	Sind erhebliche Umweltauswirkungen möglich? ↓
2.1	<u>Nutzungskriterien:</u> Bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung	<u>Siedlung:</u> Das Gebiet ist Teil des Industrie- und Gewerbestandortes „Hammer Tannen“ von Haselünne und fast vollständig bebaut.	-
		<u>Land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzung:</u> Eine land-, forst oder fischereiwirtschaftliche Nutzung findet nicht statt.	-
		<u>Erholung:</u> Das Gebiet weist keinen besonderen Wert für die Erholung auf.	-
		<u>Verkehr, Ver- und Entsorgung:</u> Die vorhandenen Straßen- und Wegeflächen, Ver- und Entsorgungsstrukturen werden von der Planänderung nicht berührt.	-
2.2	<u>Qualitätskriterien:</u> Reichtum, Qualität und Regenerationsfähigkeit von Fläche, Boden, Landschaft, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, des Gebietes und seines Untergrunds	<u>Fläche:</u> Durch die Planänderung findet kein weiterer Flächenverbrauch statt.	-
		<u>Boden:</u> Erhebliche negative Auswirkungen auf das Schutzgut Boden sind nicht zu erwarten. Das Schutzgut Boden wird von der Planänderung nicht berührt.	-
		<u>Landschaft:</u> Von dem Vorhaben gehen aufgrund der bereits bestehenden Bebauung keine erheblichen Auswirkungen auf das Landschaftsbild aus. Das Landschaftsbild wird von der Planänderung nicht berührt.	-
		<u>Wasser:</u> Wasserflächen und Gewässer werden von der Planänderung nicht berührt.	-
		<u>Arten und Lebensgemeinschaften, biologische Vielfalt:</u> Durch die Planänderung sind keine Auswirkungen auf Arten und Lebensgemeinschaften sowie auf die biologische Vielfalt zu erwarten.	-

- = keine erheblichen Auswirkungen oder keine erheblichen Auswirkungen unter Berücksichtigung der Maßnahmen bzw. bereits erfolgter Maßnahmen

2.3	<u>Schutzkriterien:</u>	Schutzbedürftigkeit	
2.3.1	Natura 2000-Gebiete	Nördlich in ca. 700 m Entfernung und südlich des Plangebiets befindet sich das FFH-Gebiet „Untere Haseniederung“. Durch die Planänderung ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf das Schutzgebiet.	-
2.3.2	Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG	Nördlich (ca. 700 m) und südlich des Plangebiets befindet sich das Naturschutzgebiet „Natura 2000-Naturschutzgebiet in der unteren Haseniederung. Die Planänderung berührt nicht die Schutzziele des Naturschutzgebietes.	-
2.3.3	Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG	Im Plangebiet und seiner Umgebung nicht vorhanden.	-
2.3.4	Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete nach den §§ 25 und 26 BNatSchG	Südlich des Plangebiets befindet sich das Landschaftsschutzgebiet „Natura 2000-Untere Hase-niederung“. Die Planänderung berührt nicht die Schutzziele des Landschaftsschutzgebietes.	-
2.3.5	Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG	Im Plangebiet und seiner Umgebung nicht vorhanden.	-
2.3.6	Geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen nach § 29 BNatSchG	Im Plangebiet und seiner Umgebung nicht vorhanden.	-
2.3.7	Gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG	Im Plangebiet und seiner Umgebung nicht vorhanden.	-
2.3.8	Wasserschutzgebiete nach § 51 WHG, Heilquellengebiete nach § 53 (4) WHG, Risikogebiete nach § 73 (1) WHG sowie Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG	Angrenzend an das Plangebiet befindet sich das Überschwemmungsgebiet der Hase. Das Plangebiet selbst ist in einem kleinen Teilbereich vom HQ _{extrem} betroffen. Dieser Bereich wurde allerdings schon einer Nutzung zugeführt. Ein Hinweis auf das Risikogebiet wird in die Satzung aufgenommen.	-
2.3.9	Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind	Im Plangebiet und seiner Umgebung nicht vorhanden.	-
2.3.10	Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insb. Zentrale Orte im Sinne des § 2 Abs.2 Nr. 2 des Raumordnungsgesetzes	Haselünne hat die Funktion eines Grundzentrums. Die Planung erfolgt im Bereich eines bereits bislang als Baugebiet festgesetzten und vollständig bebauten Teils des Gewerbestandortes von Haselünne.	-
2.3.11	In amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmale, Denkmalensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften einge-	Im Plangebiet und seiner Umgebung nicht vorhanden.	-

	stuft worden sind.		
--	--------------------	--	--

- = keine erheblichen Auswirkungen oder keine erheblichen Auswirkungen unter Berücksichtigung der Maßnahmen bzw. bereits erfolgter Maßnahmen

3 Merkmale der möglichen Auswirkungen (auf die Kriterien Nummer 1 ff und 2 ff)	
<p>Bei der Bewertung der möglichen Auswirkungen sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:</p> <p>3.1 Art und Ausmaß der Auswirkungen (geographisches Gebiet und betroffene Bevölkerung)</p> <p>3.2 Etwaiger grenzüberschreitender Charakter der Auswirkungen</p> <p>3.3 Schwere und Komplexität der Auswirkungen</p> <p>3.4 Wahrscheinlichkeit der Auswirkungen</p> <p>3.5 Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen</p> <p>3.6 Zusammenwirken der Auswirkungen mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben</p> <p>3.7 Möglichkeit, die Auswirkungen wirksam zu vermindern</p>	
<p>Bewertung der Auswirkungen auf vorhandene und benachbarte Nutzungen</p>	<p>Für das bestehende Industriegebiet mit einer Fläche von insgesamt ca. 5,6 ha werden die zulässigen Lärmimmissionen neu geregelt. Auf Grundlage eines Lärmgutachtens wird für eine Baufläche östlich der K 270, angepasst an den bestehenden Betrieb, ein zulässiges Lärmemissionskontingent festgesetzt. Für den bestehenden Betrieb wurden moderate Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigt, so dass negative Auswirkungen auf die vorhandene Nutzung ebenfalls nicht zu erwarten sind.</p> <p>Für die Flächen westlich der K 270 werden nutzungstypische Emissionskontingente pauschal festgesetzt. Damit wird im Wesentlichen die bestehende Lärmsituation festgeschrieben. Erhebliche zusätzliche Lärmbelästigungen sind daher durch die vorliegende Planänderung nicht zu erwarten.</p> <p>Um die Art der baulichen Nutzung an die tatsächliche Nutzung anzupassen, wird das GI in ein GE geändert. Auswirkungen auf benachbarte Nutzungen sind als positiv zu bewerten, da sich der zulässige Störgrad reduziert. Auf die bestehenden Nutzungen ergeben sich keine grundsätzlichen negativen Auswirkungen, da die bestehenden Betriebe auch in einem Gewerbegebiet zulässig sind.</p>
<p>Bewertung der Auswirkungen auf Wasser, Boden, Arten und Lebensgemeinschaften sowie Landschaftsbild</p>	<p>Das Gebiet ist bereits als Industriegebiet festgesetzt und wurde auf dieser Grundlage entsprechend bebaut. Durch die Festsetzung der Emissionskontingente und der Änderung des GI in ein GE werden daher keine zusätzlichen Auswirkungen auf die genannten Schutzgüter vorbereitet.</p>

Ergebnis:

Das Gebiet ist bereits als Industriegebiet festgesetzt und vollständig bebaut. Es kann auf Grundlage der bisherigen Festsetzungen jederzeit eine ergänzende oder neue Bebauung vorgenommen werden. Es wird somit ein stark anthropogen beanspruchter Bereich mit nur geringer Bedeutung für Natur und Landschaft in Anspruch genommen.

Für das Industriegebiet mit einer Fläche von ca. 5,6 ha werden die zulässigen Lärmimmissionen geregelt. Auf Grundlage eines Lärmgutachtens wird für eine Baufläche östlich der K 270 ein an den vorhandenen Betrieb angepasstes zulässiges Lärmemissionskontingent festgesetzt. Für die Bereiche westlich der K 270 werden pauschale nutzungstypische Emissionskontingente festgesetzt. Durch diese Maßnahmen entsteht für die städtebauliche Entwicklung außerhalb des Plangebietes ein schalltechnischer Entwicklungsspielraum. Die nach dem bisherigen Bebauungsplan Nr. 4.4 an den benachbarten schutzbedürftigen Nutzungen zu erwartenden Lärmimmissionen werden durch die vorliegende Änderung festgeschrieben. Erhebliche zusätzliche Lärmbelastungen sind nicht zu erwarten.

Für die Anpassung der Art der baulichen Nutzung an die tatsächlich vorhandenen Nutzungen wird zudem das GI in ein GE geändert. Mit der Änderung entspricht die Gebietsfestsetzung der tatsächlich vorhandenen Eigenart des Baugebiets.

Aufgrund der oben genannten Regelungen sind durch diese Änderung auch allgemein keine erheblichen Umweltbelastungen, die über das bestehende Maß hinausgehen, zu erwarten.

Nach der vorliegenden allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls kann somit festgestellt werden, dass die vorliegende Planung keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben wird und daher eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Das Plangebiet ist auch nicht Bestandteil eines Gebietes von gemeinschaftlicher Bedeutung oder eines Europäischen Vogelschutzgebietes im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele und der Schutzzwecke dieser in § 1 Abs. 6 Nr. 7 b BauGB genannten Gebiete ergeben sich nicht.

Für die Planänderung sind damit die Voraussetzungen für ein vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB gegeben. Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird im vereinfachten Verfahren von der Umweltprüfung, von dem Umweltbericht und von der Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, abgesehen.

2.3 Vorbereitende Bauleitplanung - Flächennutzungsplan

Im bisher wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Haselünne ist das Plangebiet als gewerbliche Baufläche dargestellt.

Die Änderung des Bebauungsplanes berührt nicht die allgemeine Art der baulichen Nutzung oder die Größe des Baugebietes und damit auch keine Planungsgrundzüge des Flächennutzungsplanes.

2.4 Örtliche Gegebenheiten und bestehende Festsetzungen

Das Plangebiet ist Teil des Gewerbe- und Industriestandortes von Haselünne und fast vollständig mit gewerblichen Nutzungen bebaut. Die Freiflächen der

Betriebsgrundstücke sind in wesentlichen Teilen durch Zufahrten, Lager- oder Stellplatzflächen versiegelt.

Den nordöstlichen Rand des Plangebietes bildet die Bebauung des Bebauungsplanes Nr. 4 „Industriegebiet Hammer Tannen“. Unmittelbar südlich befinden sich die Uferbereiche der Hase. Westlich schließt sich die Bebauung entlang der Hammer-Tannen-Straßen an. Nördlich befindet sich ein Waldbestand, der jedoch im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 16.7 „Industriegebiet Hammer Tannen II, 2. Erweiterung“ zu Gunsten einer Gebietserweiterung mittelfristig beseitigt und an anderer Stelle ersetzt werden soll.

2.5 Immissionssituation (Anlage 1 Ergebnisbrief)

Die Stadt Haselünne plant nordöstlich der Straße „Am Wall“ ein allgemeines Wohngebiet auszuweisen. In diesem Gebiet liegt eine Vorbelastung durch Gewerbelärm aus den südwestlich bestehenden Gewerbe- und Industriegebieten vor. Maßgebliche Immissionspunkte sind dabei die bereits bestehenden Wohnhäuser an der Straße „Am Wall“ (MI) und „Am Pallat“ (WA) und im „Lienkolk“. Dabei entstehen die Gewerbelärmimmissionen an den Straßen „Am Wall“ und „Am Pallat“ hauptsächlich durch die direkt benachbarten Betriebe im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 4 „Industriegebiet Hammer Tannen“. Diese Betriebe wurden im Rahmen von Ortsterminen schalltechnisch aufgenommen und realistische Entwicklungsmöglichkeiten- und Absichten berücksichtigt.

Im Zuge der schalltechnischen Berechnungen wurden auch die nördlich und südlich des Plangebiets bereits durchgeführten oder in Aufstellung befindlichen Erweiterungen des Gewerbe- und Industriestandortes berücksichtigt, in denen Emissionskontingente festgesetzt werden.

Im Einzelnen sind diese:

- Bebauungsplan Nr. 16.6 „Gewerbegebiet Hamer Tannen II, 1. Erweiterung“, rechtskräftig seit dem 30.10.2020
- Bebauungsplan Nr. 4.6 „Gewerbegebiet Hammer Tannen, 3. Erweiterung“
- Bebauungsplan Nr. 16.7 „Industriegebiet Hammer Tannen II, 2. Erweiterung“
- Bebauungsplan Nr. 4.7 „Industriegebiet Hammer Tannen, 4. Erweiterung“

Für die übrigen Flächen westlich der Kreisstraße 270, und damit auch für das Plangebiet, wurden gebietstypische Emissionswerte unter Berücksichtigung zurzeit bestehender Einschränkungen durch Immissionsschutzansprüche in der Nachbarschaft angenommen und entsprechende Emissionskontingente als Vorbelastung berücksichtigt. Diese Emissionskontingente sollen nun im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 4.9 verbindlich festgesetzt werden.

Aufgrund der festgesetzten Emissionskontingente in den Bebauungsplänen Nr. 4.8 und 4.9 kann eine Wohnbauentwicklung nordöstlich der Straße „Am Wall“ ermöglicht werden.

3 Geplante Festsetzungen

3.1 Nutzungen im Gewerbegebiet

Art der baulichen Nutzung

Im Plangebiet wird das festgesetzte Industriegebiet (GI) entsprechend der tatsächlich vorhandenen Nutzungen in ein Gewerbegebiet (GE) geändert.

Mit dieser Änderung wird der tatsächlichen Entwicklung Rechnung getragen und die Zulässigkeit von Anlagen an die bereits zu berücksichtigenden Wohnnutzungen an den Straßen „Am Wall“, „Am Pallat“ und im „Lienkolk“ angepasst.

Emissionskontingente

Um die Belange des Schallschutzes für die in der Nachbarschaft des Plangebietes vorhandenen und geplanten Wohnnutzungen angemessen zu berücksichtigen, wird das Plangebiet hinsichtlich der Immissionen durch die Festsetzung von Emissionskontingenten L_{EK} (gemäß DIN 45691) eingeschränkt.

Die Einschränkung erfolgt gemäß § 1 Abs. 4 Satz 2 BauNVO, nach dem Gewerbegebiete hinsichtlich der besonderen Eigenschaften der Anlagen und Betriebe auch für mehrere Gewerbegebiete einer Gemeinde im Verhältnis zueinander gegliedert werden können. Ein Gewerbegebiet, in dem nicht erheblich belästigende Gewerbebetriebe ohne Einschränkungen untergebracht werden können, ist im Bebauungsplan „Industriegebiet westlich der Ländener Straße, Teil 4“ vorhanden. Die Gliederung erfolgt daher im Verhältnis zu diesem Gebiet.

Im Plangebiet werden die in der Abbildung dargestellten Emissionskontingente festgesetzt.

Mit diesen Kontingenten wird gewährleistet, dass an der nächstgelegenen Wohnbebauung an den Straßen „Am Wall“, „Am Pallat“ und im „Lienkolk“ die Immissionsrichtwerte der TA-Lärm eingehalten werden. Unzumutbare Gewerbelärmimmissionen sind im Umfeld der Planung daher nicht zu erwarten.

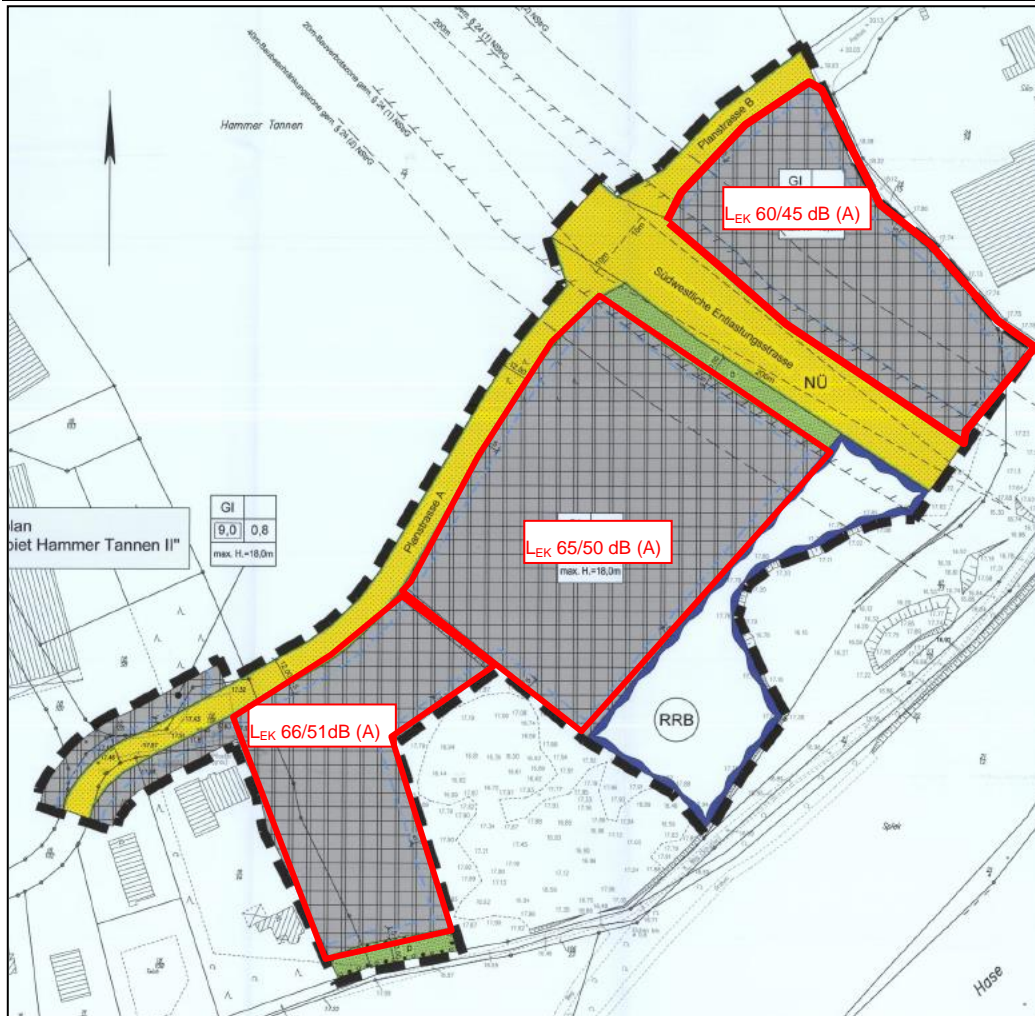


Abbildung: Bereiche mit festgesetzten Kontingenten

3.2 Übrige Festsetzungen und Hinweise

Die übrigen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 4.4 „Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“ bleiben vom Bebauungsplan Nr. 4.9 „Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“, 1. Änderung, unberührt.

4 Auswirkungen der Planung

4.1 Auswirkungen auf bestehende Nutzungen

Wie bereits beschrieben, plant die Stadt Haselünne aufgrund der großen Nachfrage nordöstlich des Gewerbe- und Industriestandortes Hammer Tannen ein Wohngebiet. Die Nutzungen im Geltungsbereich des bisherigen Bebauungsplans Nr. 4.4 „Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“ schöpfen den Rahmen der Gebietsausweisung nicht aus.

Mit dem vorliegenden Bebauungsplan Nr. 4.9 wird das im Ursprungsplan festgesetzte Industriegebiet daher in Bezug auf die zulässigen Lärmemissionen gegliedert. Die Art der baulichen Nutzung wird zudem von GI in GE geändert. Die Lage und Gesamtgröße des Plangebietes bleibt dagegen, wie auch die für

das Gebiet getroffenen Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise oder der Baugrenzen, unverändert.

Entschädigungsansprüche nach § 42 BauGB entstehen daraus nicht. Der Bebauungsplan Nr. 4.4 „Industriegebiet Hammer Straße, 1. Erweiterung“ wurde am 31.08.2009 rechtskräftig. Wird die zulässige Nutzung eines Grundstücks nach Ablauf einer Frist von 7 Jahren ab Zulässigkeit aufgehoben oder geändert, kann der Eigentümer gemäß § 42 Abs. 3 BauGB nur eine Entschädigung für Eingriffe in die ausgeübte Nutzung verlangen.

Im vorliegenden Fall basiert die Festlegung der auf den einzelnen Betriebsgrundstücken zulässigen Emissionskontingente auf gebietstypischen Werten. Hinsichtlich ihrer Nutzungen werden die bestehenden Betriebe durch die Änderung in ein GE nicht eingeschränkt, da diese auch im GE zulässig sind. Dem Bestandsschutz der Betriebe ist somit ausreichend Rechnung getragen.

4.2 Auswirkungen auf benachbarte Wohnnutzungen

Mit dem Bebauungsplan Nr. 4.9 wird für die Industriegebietsflächen im vorliegenden Plangebiet die Änderung in ein Gewerbegebiet und eine Kontingentierung der zulässigen Lärmemissionen vorgenommen. Einerseits wird damit im Hinblick auf den Lärm eine weitere Entwicklung des gesamten Gewerbestandes ermöglicht und andererseits wird im Bereich der bestehenden und geplanten Wohnnutzungen die Einwirkung unzulässiger Schallimmissionen vermieden. Die vorliegende Planung ist daher nicht isoliert zu betrachten, sondern steht im Zusammenhang mit dem parallel aufgestellten Bebauungsplan Nr. 4.8 der Stadt Haselünne. Auch das anliegende Lärmgutachten ermittelt und bewertet die Änderungen im Zusammenwirken.

Durch die Festsetzung der Emissionskontingente wird zum Einen den Betrieben eine Planungssicherheit aufgrund bereits bestehender Einschränkungen durch in der Nachbarschaft vorhandener Wohnbebauung gegeben, und zum Anderen erhält die Stadt eine Entwicklungsmöglichkeit für die Flächen nordöstlich des Gewerbe- und Industriegebiets.

Auf benachbarte Wohnnutzungen sind aufgrund dieser Festsetzungen keine unzulässigen Lärmimmissionen zu erwarten, da die Immissionsrichtwerte der TA-Lärm eingehalten werden.

4.3 Natur und Landschaft

Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Nach § 18 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ist über Eingriffe in Natur und Landschaft, die durch die Änderung von Bauleitplänen zu erwarten sind, nach den Vorschriften des Baugesetzbuches insbesondere der § 1 und 1a abzuwägen und im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zu entscheiden.

Für die Änderung oder Überplanung bestehender Bebauungspläne gilt § 1a Abs. 3 S. 6 BauGB, nach dem ein Ausgleich nicht erforderlich ist, soweit der Eingriff bereits vor der planerischen Entscheidung erfolgt ist oder zulässig war.

Mit der vorliegenden Planung wird das Industriegebiet lediglich in ein Gewerbegebiet geändert und hinsichtlich der besonderen Eigenschaften der zulässigen Betriebe gegliedert. Das zulässige Maß der baulichen Nutzung bleibt dagegen unberührt. Da keine zusätzliche Bodenversiegelung oder Bebauung und auch kein zusätzlicher Lärm verursacht werden, ergeben sich durch die Planänderung auch keine zusätzlichen Eingriffe in Natur und Landschaft.

5 Erschließung / Ver- und Entsorgung

Das Plangebiet stellt einen technisch und verkehrlich vollständig erschlossenen Siedlungsbereich dar. Die Erschließungs- und Versorgungssituation wird gegenüber dem Ursprungsplan durch die vorliegende Änderung des Bebauungsplanes nicht berührt. Eine weitere Auseinandersetzung mit dieser Thematik ist daher im Rahmen dieser vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes nicht erforderlich.

6 Hinweise

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

Am 1. November 2020 ist das Gebäudeenergiegesetz (GEG) in Kraft getreten.

Wie das bisherige Energieeinsparrecht für Gebäude enthält das neue GEG Anforderungen an die energetische Qualität von Gebäuden, die Erstellung und die Verwendung von Energieausweisen sowie an den Einsatz erneuerbarer Energien in Gebäuden.

Durch das GEG wurden das Gesetz zur Einsparung von Energie in Gebäuden (EnEG), die Energieeinsparverordnung (EnEV) und das Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (EEWärmeG) in einem Gesetz zusammengeführt und ersetzt.

Es werden weiterhin Angaben darüber gemacht, wieviel Prozent des Energiebedarfs für neue Gebäude aus erneuerbaren Energien gedeckt werden müssen. Dabei ist der Anteil abhängig von der jeweiligen Art der erneuerbaren Energie (z. B. Solar oder Biomasse).

Neu ist, dass die Pflicht zur Nutzung erneuerbarer Energien künftig auch durch die Nutzung von gebäudenah erzeugtem Strom aus erneuerbaren Energien erfüllt werden kann.

Weitere Anforderungen an die energetische Qualität von Gebäuden ergeben sich aus dem Gesetz und sind einzuhalten.

Das Gesetz ist auch auf Vorhaben, welche die Änderung, die Erweiterung oder den Ausbau von Gebäuden zum Gegenstand haben, anzuwenden.

7 Verfahren

Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB)

Die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 13 (2) Nr. 3 in Verbindung mit § 4 (2) BauGB an der Planung beteiligt. Die Beteiligung erfolgte durch Zusendung des Planentwurfes sowie der dazugehörigen Begründung.

Öffentliche Auslegung

Der Entwurf des Bebauungsplanes hat zusammen mit der dazugehörigen Begründung vom bis öffentlich im Rathaus der Stadt Haselünne ausgelegt.

Satzungsbeschluss

Die vorliegende Fassung war Grundlage des Satzungsbeschlusses vom

Haselünne, den

.....

Bürgermeister

Anlage

Anlage 1 Ergebnisbrief über die Zuordnung der Emissionskontingente

Bebauungsplan Nr. 4.9
„Industriegebiet Hammer Tannen, 1. Erweiterung“,
1. Änderung
der Stadt Haselünne

- Ergebnisbrief der Zuordnung von
Emissionskontingenten -